



Füng Göttinger Schulen haben gemeinsam gegen die Pläne der Verwaltung für die Schulen demonstriert. Hierfür entstanden zahlreiche Plakate. Foto: nr

Mit Entsetzen hat der SER und die Leitung der Bonifatius Grundschule die neuesten Vorschläge der Verwaltung (Sitzung am 30. Januar 2020) aufgenommen.

Wir sind schlicht fassungslos! Es wird erneut ein Umzug der Boni I auf den Tisch gebracht, dabei ist es gerade einmal ein Jahr her, dass der Standorterhalt zugesichert wurde (18. September 2018). Wie lang haben heutzutage solche Aussagen Bestand? Bei dieser Halbwertszeit kann nur von Worten wie „Schall und Rauch“ gesprochen werden.

Da die Schulvorstände bei künftigen Baumaßnahmen bei Schulen des Landkreises einbezogen werden sollen (Göttinger Tageblatt berichtete am 30. Januar 2020) entsteht unweigerlich der Eindruck, als müsste hier schnell etwas durchgezogen werden, bevor ein Mitspracherecht auch für die Stadt verankert ist.

Die offizielle Begründung lautet freilich „Baukostensteigerung“. Aber innerhalb eines so kurzen Zeitraumes? Solche Projekte sind nie

schnell umgesetzt, da sollte man erwarten, dass ein paar Jahre einkalkuliert sind.

Es ist auf jeden Fall sinnfrei, die mühsam gefundenen Lösungen im 12-Monats-Takt zu verwerfen. Dies gilt für die Standortfrage der Boni I genauso wie für die Projekte an anderen Schulen in Göttingen – wir sollten mal überlegen, an was da gespart werden soll.

Einen noch pikanteren Beigeschmack bekommt das Ganze, wenn man bedenkt, dass der geschätzte Verkaufswert für das Grundstück der Boni I mit 3,5 Millionen veranschlagt wird. In dieser Lage lassen sich sicher wunderbar hochpreisige Wohnungen bauen. Wenn nur dieser Aspekt zählt, ist der Ausgang der Debatte eindeutig. So einseitig kann ein Bildungsauftrag nicht betrachtet werden. Alle anderen Argumente pro und kontra wurden bereits 2018 ausführlich diskutiert und haben sich in keinsten Weise verändert. Vielmehr sehen wir das in unsere gewählten Politiker gesetzte Vertrauen zutiefst erschüttert. Was vermittelt diese ganze erneute Diskussion? Demokratiegegner und Nicht-Wähler wird's freuen: kein Verlass auf Aussagen von CDU, SPD und Grünen!

Wir sagen Nein zu den Sparmaßnahmen an unseren Schulen und fordern die Einhaltung der Versprechen, die fraktionsübergreifend gegeben wurden.

Janine Jähnig, Göttingen

Für den Anbau des OHGs sowie Sanierungen mehrerer Schulen wurden, laut Kostenvoranschlägen, 35 Mio. Euro zugrundegelegt. Diese Kosten erhöhten sich innerhalb von zwei Jahren um ca. 150 Prozent auf 90 Mio. Euro. Begründet wird die Kostenexplosion damit, dass nicht nur die allgemeinen Baukosten so massiv gestiegen seien, sondern auch wegen „neuer Erkenntnisse bei der konkreten Baubegutachtung, wie etwa ein schwieriger Baugrund oder eine festgestellte Schadstoffbelastung“.

Ich glaubte ja immer, bevor ein Gutachten erstellt wird, prüfen die potenziellen Auftragnehmer und zuständigen Behörden alle Bereiche gründlich und fachmännisch – beispielsweise auch den Baugrund und mögliche Schadstoffbelastungen. Denn nur so kann doch eine gewis-

se Verbindlichkeit des Kostenvoranschlags garantiert werden. Warum müssen überhaupt noch Kostenvoranschläge bei der Behörde eingereicht werden, wenn diese – nicht mal annähernd – eingehalten werden? Nur weil es gesetzlich vorgeschrieben ist und somit der Form halber geschehen muss?

Warum wird der Auftrag bei einer Steigerung von 65 Mio. Euro nicht an die nächst niedrig bietende Firma vergeben mit dem Hinweis, dass eine Erhöhung von maximal 10 bis 20 Prozent geduldet wird und die darüber hinausgehenden Mehrkosten die Firmen aus ihrer „Portokasse“ zahlen müssen? Warum wird diesem Missstand nicht endlich mal energisch entgegengetreten und ein Ende gesetzt? Das würde viele Firmen sicherlich anspornen, ihre Kostenvoranschläge genauer und ehrlicher „unter die Lupe zu nehmen“.

Die Leidtragenden sind doch die Schüler und Lehrer, die weiterhin in maroden Schulen oder in einer anderen Schule untergebracht werden müssen. Von diesen 65 Mio. Euro mehr Geld, könnten doch einige Schulen saniert werden. Da nützt auch die Aussage von Maria Schmidt gar nichts, wenn sie der Meinung ist, „Schule lebt ja nicht nur von Räumen, sondern auch von pädagogischen Konzepten.“ Ein toller Trost, der Schüler und Lehrer offensichtlich sehr beeindrucken soll. Im Übrigen nützt es jetzt wenig bis gar nichts, wenn an allen Schulen gleichzeitig „rumgedoktert“ wird und nichts wirklich passiert.

Roswitha Uhde, Göttingen